

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 169 Abs 1:**

Prüfungsanordnung, Feststellungsverjährung, Ablaufhemmung, Auslegung

Bundesfinanzhof Az: I R 19/24

Zur Hemmung der Feststellungsverjährung nach § 171 Abs. 4 AO bei Überschreiten des Umfangs der Prüfungsanordnung - Auslegung der Prüfungsanordnung

■ **AO § 171 Abs 4 S 2:**

Hemmung der Verjährung, Betriebsprüfung, Unterbrechung, Datenverarbeitung, Festsetzungsfrist, Ablaufhemmung

Bundesfinanzhof Az: IV R 18/24

Lässt sich die Hemmung der Verjährung im Rahmen einer Außenprüfung bereits dadurch bewahren, dass ein Betriebsprüfer einen Datenträger mit Buchführungsdaten des zu prüfenden Steuerpflichtigen in ein CD-Laufwerk einlegt, die Analysesoftware (hier "IDEA") startet und die Daten einliest? Ist die mit dem Einlesen und Aufbereiten der Daten verbundene Plausibilitätskontrolle als hinreichend qualifizierte Prüfungshandlung anzusehen?

■ **AO § 191 Abs 1:**

Duldungsbescheid, Rechtmäßigkeit, Kontokorrent, Nutzung

Bundesfinanzhof Az: VII R 28/24

Kann das Wissen eines Kontoentleihers um seine eigenen gläubigerbenachteiligenden Absichten entsprechend § 166 Abs. 1 BGB dem Kontoverleiher zugerechnet werden, wenn der Kontoverleiher dem Kontoentleiher eine Kontovollmacht erteilt, dessen Verfügungen über das Konto nicht kontrolliert und die Augen vor einer missbräuchlichen Nutzung des Kontos verschließt?

■ **AO § 193 Abs 1:**

Freiberufler, Betriebsprüfungsordnung, Großbetrieb, Außenprüfung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 24/24

Können bei einer eher mittelgroßen und wirtschaftlich weniger bedeutenden Freiberuflersozietät, die nach der BpO als Großbetrieb eingestuft wird, lückenlose Anschlussprüfungen ohne Angabe von Gründen und ohne jede Beschränkung der Anzahl der Folgeprüfungen angeordnet werden?

■ **AO § 30:**

Datenschutz-Grundverordnung, Abgabenordnung, Steuergeheimnis, Auskunft, Anzeige

Bundesfinanzhof Az: IX R 25/24

Ist es möglich, basierend auf der Datenschutz-Grundverordnung beziehungsweise der Abgabenordnung, Auskunft über den Inhalt einer anonymen Anzeige zu erhalten, etwa durch

Übersendung einer Kopie der anonymen Anzeige oder durch (wortgetreue) Mitteilung deren Inhalts?

■ **DBA CHE Art 15:**

Besteuerungsrecht, Arbeitnehmer, Anspruchsgrundlage, Doppelbesteuerungsabkommen, Grenzgänger

Bundesfinanzhof Az: VI R 12/24

Zur Frage, ob ein abkommensrechtlicher Anspruch auf Erstattung der deutschen Lohnsteuer (bis auf die Quellensteuer in Höhe von 4,5%) eines in der Schweizerischen Eidgenossenschaft ansässigen Arbeitnehmers in einem Jahr mit aktiver Arbeitsphase und unwiderruflicher Freistellungsphase einhergehend mit einem Wettbewerbsverbot besteht. Bestimmung der Grenzgängereigenschaft im konkreten Fall.

■ **ErbStG § 1 Abs 1 Nr 2:**

Schenkungsteuer, Familienstiftung, Vermögensausstattung, Steuerklasse, Berechtigter

Bundesfinanzhof Az: II R 33/24

Schenkungsteuer: Steuerklasse bei erstmaliger Vermögensausstattung von Familienstiftungen

Ist für die schenkungsteuerliche Behandlung der Zahlung des Grundstockvermögens zu einer Familienstiftung bei der Bestimmung der Steuerklasse gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 ErbStG hinsichtlich des Begriffs "Berechtigter" allein auf das Verwandtschaftsverhältnis der Stifter zu dem/den Bezugsberechtigten der Stiftung abzustellen oder ist auch das Verwandtschaftsverhältnis zu etwaigen Anfallsberechtigten zu berücksichtigen?

■ **EStG § 13:**

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Bruchteilseigentum, Sonderbetriebsvermögen, Betriebsvermögen

Bundesfinanzhof Az: VI R 27/24

Streitig ist, ob Bruchteilseigentum an land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, das als Sonderbetriebsvermögen in eine GbR eingebracht worden war, nach dem Ausscheiden aus der GbR (im Streitfall: 1992) weiterhin als fortbestehendes Betriebsvermögen anzusehen ist und damit bei Veräußerung der Flächen (im Streitfall: 2018) im Rahmen der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nach § 14 des Einkommensteuergesetzes zu erfassen ist.

■ **EStG § 15 Abs 4 S 3:**

Waretermingeschäft, Sicherung, Biogasanlage, Verlustausgleich

Bundesfinanzhof Az: IV R 19/24

Dienen die von der Klägerin getätigten Waretermingeschäfte in Form von Futurekontrakten auf Weizen und Körnermais der Absicherung von Geschäften des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs der von ihr betriebenen Biogasanlage, so dass die Verlustausgleichs- und -abzugsbeschränkung für Termingeschäfte im Streitfall nicht eingreift?

■ **EStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 7:**

Einkünfteerzielungsabsicht, Mittelbare Beteiligung, Darlehensverlust, Kapitaleinkünfte

Bundesfinanzhof Az: VIII R 32/24

Kommt bei der Prüfung der Einkünfteerzielungsabsicht i.S. des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG der für unmittelbare Gesellschafter geltende Gesamtbetrachtungsansatz auch auf mittelbare Gesellschafter zur Anwendung?

■ **EStG § 5a Abs 1:**

Tonnagebesteuerung, Personengesellschaft, Wahlrecht, Bindungswirkung

Bundesfinanzhof Az: IV R 3/25

Entfaltet die Option zur Tonnagebesteuerung auch dann eine zehnjährige Bindungswirkung, wenn die Voraussetzungen der Option im Jahr ihrer Ausübung noch gar nicht vorgelegen haben?

■ **EStG § 7 Abs 4:**

Bemessungsgrundlage, Absetzung für Abnutzung, Kaufpreisaufteilung, Grund und Boden, Baudenkmal

Bundesfinanzhof Az: IX R 26/24

Ist im Rahmen einer Kaufpreisaufteilung eines als Baudenkmal geschützten Gebäudes der betreffende Grund und Boden mit einem Betrag von null Euro anzusetzen, weil das Denkmal dauerhaft erhalten werden muss?

■ **EStG § 7b:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Absetzung für Abnutzung, Sonderabschreibung, Abriss, Neubau

Bundesfinanzhof Az: IX R 24/24

Fällt der Abriss eines vermieteten Einfamilienhauses mit anschließendem Neubau eines Einfamilienhauses in den Anwendungsbereich der Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau nach § 7b des Einkommensteuergesetzes?

■ **GG Art 12 Abs 1:**

Vergnügungssteuer, Berufsfreiheit, Gleichheitsgrundsatz, Spielbank

Bundesfinanzhof Az: VIII R 27/24

1. Verletzt die Erhebung der Vergnügungssteuer das Grundrecht auf Berufsausübungsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG?
2. Liegt in der höheren Gesamtsteuerbelastung eines Spielhallenbetreibers im Vergleich zum Betreiber der öffentlichen Spielbank in Bremen eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes?

■ **GG Art 12 Abs 1:**

Vergnügungssteuer, Berufsfreiheit, Gleichheitsgrundsatz, Spielbank

Bundesfinanzhof Az: VIII R 26/24

1. Verletzt die Erhebung der Vergnügungssteuer das Grundrecht auf Berufsausübungsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG?
2. Liegt in der höheren Gesamtsteuerbelastung eines Spielhallenbetreibers im Vergleich zum Betreiber der öffentlichen Spielbank in Bremen eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes?

■ **KAGG § 43 Abs 14 S 2:**

Altveräußerungsgewinn, Anteil, Ausland, Gewinnausschüttung, Sondervermögen, Steuerbefreiung, Verfassung, Gesetzgebungsverfahren, Vermittlungsausschuss, Ordnungsmäßigkeit, Gesetzgebungsmangel

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvL 14/24

Es wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob § 43 Abs. 14 Satz 2 und 3 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften i.d.F. des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl I 2001, 3858, BStBl I 2002, 35) gegen Art. 20 Abs. 2, Art. 38 Abs. 1 Satz 2, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 und Art. 76 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt.

--Normenkontrollverfahren--

■ **KN Pos 7216:**

Tarifierung, Einreihung, Zusatzzoll

Bundesfinanzhof Az: VII R 10/24

Zolltarifliche Einreihung von Leichtprofilen aus Stahl - Erhebung eines Zusatzzolls auf die Einfuhr von Spundwanderzeugnissen nach der Durchführungsverordnung (EU) 2019/159 der Kommission vom 31.01.2019:

Ist -neben der spezifischen Gestaltung der Längsseiten- noch eine zusätzliche Verbindungsvorrichtung erforderlich, um ein Stahlprofil als Spundwanderzeugnis unter die Position 7301 KN zu subsumieren?

■ **KN UPos 76042990:**

Einreihung, Tarifierung, Auslegung, Antidumpingzoll

Bundesfinanzhof Az: VII R 25/24

Zolltarifliche Einreihung von Profilen aus stranggepresstem Aluminium - Erhebung von Antidumpingzoll auf die Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China:

Ist der Begriff des Bausatzes im Sinne von Art. 1 Abs. 1 Nr. 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/546 der Kommission vom 29.03.2021 dahingehend auszulegen, dass ein Fertigerzeugnis erst durch das Zusammensetzen der Einzelteile entsteht, oder müssen die Einzelteile des Bausatzes bereits Fertigerzeugnisse sein?

■ **RennwLottG § 36:**

Glücksspiel

Bundesfinanzhof Az: IX R 27/24

Verstößt die Besteuerung der virtuellen Automatenspiele gegen das Verfassungs- beziehungsweise Europarecht?

■ **RennwLottG § 36:**

Glücksspiel

Bundesfinanzhof Az: IX R 28/24

Verstößt die Besteuerung der virtuellen Automatenspiele gegen das Verfassungs- beziehungsweise Europarecht?

■ **UmwStG § 21 Abs 2 S 3:**

Anteilstausch, Buchwertfortführung, Gewinnermittlung, Antrag, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: X R 32/23

Zeitliche und inhaltliche Anforderungen an einen (konkludenten) Antrag auf Buchwertfortführung nach § 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 UmwStG:

Wurde bei der Ermittlung des Gewinnes nach § 17 EStG der Antrag auf Buchwertfortführung bei einem qualifizierten Anteilstausch im Zusammenhang mit einer ausländischen Gesellschaft nach § 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 UmwStG (hier: Einbringung des Geschäftsanteils an der inländischen GmbH in die spanische S.A. gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten) wirksam gestellt?

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1 S 1:**

Vermittlungsleistung, Eigenhandel, Vermietung, Außenverhältnis

Bundesfinanzhof Az: V R 17/24

Zur Abgrenzung zwischen Vermittlungsleistungen und Eigenhandel bei über das Internet angebotenen Autovermietungsleistungen

Können einem Unternehmer, der eine Internetplattform zur Buchung von Mietwagen verschiedener Autovermietungsunternehmen zur Verfügung stellt, und dessen Kunden über das Internetportal Autovermietungsleistungen buchen können, die über ein Autovermietungsunternehmen erbrachten Vermietungsleistungen als eigene Leistungen gegenüber den Endkunden zuzurechnen sein, wenn er zwar den Kunden gegenüber einheitlich als Vermittler auftritt, dadurch aber verdeckt, dass er und nicht der Vertretene die Leistung erbringt und das Außenverhältnis nicht den vertraglichen Absprachen im Innenverhältnis entspricht?

■ **UStG § 12 Abs 2 Nr 1:**

Einreihung, Tarifierung, Umsatzsteuersatz, Ware

Bundesfinanzhof Az: VII R 19/24

Lieferung von Tierbestandteilen - Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes:

Führt die Trocknung von Pferde-, Straußenknie-, Hirsch- und Straußensehnen sowie Straußenmägen zu einer Zubereitung und damit zu einer Einreihung in Kapitel 23 KN oder sind Kauartikel für Haustiere in Form getrockneter Pferde-, Straußenknie-, Hirsch- und Straußensehnen sowie Straußenmägen als genießbare Schlachtnebenerzeugnisse in Position 0210 KN einzuordnen bzw. aufgrund der Nennung von Sehnen unabhängig von ihrer Genießbarkeit stets in Kapitel 5 KN zu erfassen?

Findet die -getrocknete Schweineohren betreffende- Einreihungsverordnung (EG) Nr. 1125/2006 der Kommission vom 21.07.2006 auch für andere, hier streitgegenständliche Waren entsprechend Anwendung?

■ **UStG § 2 Abs 1:**

Vorsteuerabzug, Schadensersatz, Rechtsanwaltskosten

Bundesfinanzhof Az: V R 15/24

Vorsteuerabzug aus Rechtsberatungskosten zur Geltendmachung von echtem Schadensersatz

Kann ein Unternehmer, dessen Vertrag vom Auftraggeber gekündigt wurde, bevor er umsatzsteuerpflichtige Umsätze erzielen konnte, auch aus den Rechtsanwaltskosten, die im Zusammenhang mit der Geltendmachung von echtem, nicht steuerbarem Schadensersatz stehen, Vorsteuer geltend machen?

■ **UStG § 25a:**

Effektivitätsgebot, Guter Glauben, Differenzbesteuerung, Billigkeitserlass

Bundesfinanzhof Az: XI R 23/24

Steht dem europarechtlichen Effektivitätsgebot eine nationale Praxis entgegen, die einen guten Glauben des Leistungsempfängers an die Erfüllung der Voraussetzungen zur Anwendung der Differenzbesteuerung nur außerhalb des Steuerfestsetzungsverfahrens im Rahmen eines gesonderten Billigkeitsverfahrens berücksichtigt?

■ **VersStG § 1 Abs 1:**

Versicherungsteuer, Steuererstattung, Prämienrückzahlungsscheck, Einlösung

Bundesfinanzhof Az: V R 19/24

Anspruch auf Erstattung von Versicherungsteuer aufgrund nicht eingelöster Prämienrückzahlungsschecks

Ist für die Entstehung eines Steuererstattungsanspruchs nach § 9 Abs. 1 Satz 1 VersStG (a.F.) die Ausgabe bzw. Versendung der Schecks an die Versicherungsnehmer ausreichend oder ist darüber hinaus auch die Einlösung der Schecks erforderlich?